



Polizei und Sommerloch ... was ist das denn?

Trotz Urlaubszeit mussten viele Kolleginnen und Kollegen im täglichen Dienst, aber auch im Personalrats- und Gewerkschaftsbereich, richtig reinklotzen: ESD-Einsätze, Ermittlungsarbeit, Demonstrationen, Fußballspiele sowie Medien und Personalstellen haben leider keine Pause eingelegt.

Im August wandern, joggen, radeln oder gondeln die Damen und Herren der Politik stets gerne durch die Gegend, um ungezwungen mit Land und Leuten in Kontakt zu treten. Eine sinnvolle Beschäftigung, wenn der Vorsatz tatsächlich ernstgenommen wird, die Sorgen und Nöte der Bevölkerung zu ergründen. Unglücklicherweise drängt sich einem bei manchem politisch Verantwortlichen der Eindruck auf, dass lediglich positive Bilder eines idyllischen Niedersachsens produziert werden sollen.

Idyllische Politikerreisen ...

Weit weniger beschaulich ging es in den zurückliegenden Wochen hingegen oft bei der Polizei zu. Wer keinen Urlaub hatte, saß wie üblich auf den oft zerschlossenen Sitzen seines Streifenwagens oder in unterbesetzten Dienstzimmern und versuchte der Flut von Aufträgen gerecht zu werden. Viele mussten zudem ihre Wochenenden opfern, weil die Menschen bei den ersten Fußballspielen der Saison zu begleiten waren. Oder weil es galt, Neonazis und Autonome bei Demonstrationen zu trennen. Oder aufgrund anderer Einsätze, in denen Leib und Leben von Menschen mit und ohne Uniform bedroht waren. Oder weil es das Engagement im Personalrat beziehungsweise für die GdP mit sich brachte – oder, oder, oder ...

... und Polizeigrößeinsätze in Serie

Ein umfangreicher Einsatz ergab sich beispielsweise in **Bad Nenndorf** am Samstag, 4. August. Rund 450 Neonazis beteiligten sich dort an einem Protestzug. Bei der Gegenveranstaltung unter DGB-Federführung fanden sich mehr als 700 Teilnehmende ein. Bei weiteren Protesten im privaten Rahmen engagierten sich

zudem zirka 650 Personen. Nach Angaben der PI Nienburg/Schaumburg beteiligten sich an Störaktionen bis zu 250 dem sogenannten autonomen Spektrum zuzuordnende Personen. Glücklicherweise wurden diesmal keine Polizeibeamtinnen und -beamten verletzt, auch auf der Seite der Demonstranten war dies nicht zu verzeichnen. Zahlreiche GdP-Vertreter waren den gesamten Samstag vor Ort, um die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen zu betreuen. Zu ihnen zählten Linde Becker-Huntgeburth (stellvertretende Vorsitzende Bezirkspersonalrat PD Göttingen), Michael Stieg (Vorsitzender GdP-Fachausschuss Schutzpolizei) und Klaus Timke (Vorsitzender örtlicher Personalrat). Die ständigen Initiativen der GdP und der Personalräte scheinen Wirkung zu zeigen, so waren nahezu alle zufrieden mit der Versorgung der Einsatzkräfte. Bewusst verzichtet wurde daher seitens der GdP auf die Verteilung von Süßigkeiten, stattdessen setzte man auf den verstärkten Informationsaustausch zwischen Kollegenschaft, GdP und Einsatzleitung sowie auf Gespräche mit Menschen, die sich friedlich gegen



Aktionslogo der organisierten Gegendemonstration

Neonazis engagieren. Am gleichen Tag nahmen zudem rund 300 Menschen am Hauptbahnhof **Hannover** an der Demonstration gegen die geplante Neonazi-Anschlusskundgebung teil. Der Aufzug war angekündigt worden, musste aber wegen erheblicher Verzögerungen in Bad Nenndorf abgesagt werden. Gewerkschaftssekretär Christian Hoffmann und weitere GdP-Vertreter sprachen vor Ort mit den wartenden Kolleginnen und Kollegen sowie mit politisch Verantwortlichen der Gegendemonstration.

Und die nächste rechtsextreme Aktion, an der ich selber vor Ort war, fand am 9. August in **Braunschweig** statt, als 20

Neonazis – nach Beschluss des OVG Lüneburg – ihre Parolen auf dem Burgplatz an die Leute bringen durften. Natürlich sorgte die dortige Gegendemo auch wieder für einen größeren Polizeieinsatz, da 800 Bürger/-innen, Gewerkschafter/-innen und Politiker/-innen friedlich und lautstark demonstrierten, so dass die menschenverachtenden Thesen der Rechtsextremen kaum jemand hörte. Die politisch Verirrten kamen aus Magdeburg und fuhren dann auf ihrer „Deutschlandtour“ weiter nach Hildesheim. Man kann nur hoffen, dass diese eigentlich verfassungsfeindliche Gruppierung, durch die auch solche rechtsterroristischen Organisationen wie die NSU entstehen, die für mindestens zehn Morde verantwortlich sind, bald von der Bildfläche verschwindet. Dieser Spuk mit Unterstützung von Steuergeldern muss endlich ein Ende haben! Alle, die sich immer noch gegen ein Verbotverfahren stellen, fordere ich ausdrücklich zum Überdenken ihrer Position auf.

Mediales Echo in Elsfleth

Ein anderer Polizeieinsatz am 1. August in **Elsfleth** (Landkreis Wesermarsch) wurde auch breit in der Öffentlichkeit diskutiert. Zwei Kollegen hatten Unterstützung bei einer amtsärztlichen Überprüfung eines 51-Jährigen geleistet. Einer von ihnen wurde durch heftige Hammerschläge des Mannes schwer verletzt – der andere Kollege war gezwungen, drei Schüsse auf den Angreifer abzugeben. Der 51-Jährige verstarb noch am Ort des Geschehens. Der verletzte Beamte konnte das Krankenhaus am Folgetag wieder verlassen. Unsere guten Wünsche begleiteten ihn. Die Ermittlungen wurden wie üblich aufgenommen. In diesem Fall war die GdP erneut auch als Ansprechpartner der Medien enorm gefragt. Der stellvertretende Landesvorsitzende Jörg Mildahn musste zahllose Stellungnahmen abgeben: NDR-Fernsehen und -Hörfunk, ZDF, Hitradio Antenne, Radio ffn, Stern, Focus, Handelsblatt und viele andere mehr berücksichtigten die GdP in ihrer Berichterstattung. Die Kollegen erhalten im Bedarfsfall selbstverständlich Rechtsschutz von der GdP.

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Extreme Einsatzbelastung zum Fußball-Saisonstart

Ein weiteres Thema in den Medien war natürlich der beginnende Spielbetrieb in diversen Fußball-Ligen, dabei wurde seitens der GdP immer wieder die extreme Belastung der eingesetzten Polizeikräfte thematisiert. Persönlich konnte ich beim Zweitligaspiel Eintracht Braunschweig gegen den 1. FC Köln am Sonn-

tag, 5. August, die Berichte von Einheiten der Bereitschaftspolizei entgegennehmen, die nach dem langen Einsatz am Samstag in Bad Nenndorf bereits wieder in Braunschweig im Dienst waren. Des Weiteren war ich am Sonntag, 12. August 2012, beim friedlichen Auswärtsspiel von Eintracht Braunschweig gegen Union Berlin im Stadion „An der Alten Försterei“ und habe mich von der Professionalität der eingesetzten Kräfte überzeugt.

Gerade diese hinlänglich bekannten Einsatzbelastungen, aber darüber hinaus auch die leider immer wieder stattfindenden Auseinandersetzungen mit Gewalttätern am Rande von Fußballbegegnungen, konnte ich am 7. August im Rahmen eines ganzseitigen Interviews in der Braunschweiger Zeitung zum Thema machen. Eigentlich wollte die Redaktion mit mir über unsere GdP-Aktion „Gemeinsam und fair!“ sprechen (siehe Bericht in dieser Ausgabe), doch die notwendigen Diskussionen über die Gewalt, der auch unsere Kollegen ausgesetzt sind, lenkten das Gespräch mit drei Fanvertretern schließlich in eine andere Richtung.

Und unsere gewerkschaftlichen Untergliederungen sowie die Personalvertretungen hatten auch genug zu tun, sei es bei der Begleitung der Einsatzkräfte aber insbesondere auch, was Beurteilungen und fehlende Beförderungen anbetrifft. Hauptthema bei allen Gesprächen mit den Kollegen/-innen im Einsatz oder im Büro war neben fehlenden A-10-Stellen eindeutig der unsägliche A-11-Erlass, der nur von wenigen immer noch verteidigt wird, die die seit der Einführung aufgetretenen Probleme offensichtlich nicht sehen wollen.

Von Sommerloch bei der Polizei jedenfalls keine Spur!

Obwohl: Das ein oder andere große Loch gibt's dann doch. Nämlich das in den Geldbeuteln unserer Kolleginnen und Kollegen und das, bei der gerechten Bewertung der vielen Kräfte, die für Sicherheit sorgen. Denn dort fehlen seit Jahren als Zeichen ehrlicher Wertschätzung vor allem Urlaubs- und Weihnachtsgeld, die Erhöhung von Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DUZ), endlich zusätzliche A-10-Beförderungen, die Rückkehr zur 1:1-Abgeltung von allen Bereitschaftszeiten, die notwendige Bewertung aller Dienstposten nach A 11 sowie endlich auch Perspektiven für Tarifpersonal und Verwaltungsbeamte/-innen bei der Polizei.

Wir bleiben bei der Forderung nach Abschaffung des spaltenden A-11-Erlasses,

die von allen klar denkenden Fachleuten als richtig angesehen wird, und vertreten damit weiterhin die berechtigten Interessen unserer 14 500 Mitglieder sowie die aller anderen Kollegen/-innen.

Dauerloch statt Sommerloch: Sonderzuwendung in Karlsruhe

Dass sich das „Loch im Portemonnaie“ nicht schließt, dafür sorgte ein Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 3. Mai 2012¹. Es wies eine Vorlage des Verwaltungsgerichtes Braunschweig von 2008² als unzulässig zurück, mit der die Verfassungsmäßigkeit der niedersächsischen Regelungen zur Besoldung wegen einer Unteralimentation von Beamten in BesGr A 9 aufgrund des Wegfalls der Sonderzuwendungen bezweifelt worden war.

Das BVerfG stellt in seiner unanfechtbaren Entscheidung fest, dass das VG Braunschweig seine Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit der gewährten Bezüge nicht hinreichend dargelegt und sich auch nicht ausreichend mit Rechtsprechung und Schrifttum zur Verfassungskonformität der Alimentation nach der Neuregelung des Sonderzahlungsrechts befasst habe. Insbesondere eine Auseinandersetzung mit der die Verfassungsmäßigkeit der Neuregelung bejahenden (niedersächsischen) Rechtsprechung wäre angezeigt gewesen.

Auch die Argumentation in der Stellungnahme des DGB überzeugte die beschlussfassende 1. Kammer des 2. Senats des BVerfG leider nicht.

Wieder einmal müssen also die Kolleginnen und Kollegen die Auswirkungen einer unausgegorenen Rechtslage ausbaden. Das BVerfG gibt mit der Zurückweisung im Ergebnis inhaltlich den Weg für landesrechtliche Einschränkungen frei, die letztlich den Wegfall von Urlaubs- und Weihnachtsgeld zementieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, jedes Land kann in diesen Rechtsgebieten eigenverantwortlich handeln! Insofern werden wir die Aussagen der Parteien bezüglich einer Prüfung nach Wiedereinführung der berechtigten Sonderzahlung auch in Niedersachsen vor der Landtagswahl am 20. Januar 2013 genau bewerten. Schließlich ist der Gesetzgeber gefragt, mit einer Neuregelung endlich für das Stopfen dieser Löcher und damit für Anerkennung und Gerechtigkeit im öffentlichen Dienst zu sor-

¹ BVerfG, 2 BvL 17/08 vom 3. 5. 2012, Absatz-Nr. (1-39), http://www.bverfg.de/entscheidungen/lk20120503_2bvl001708.html

² Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des VG Braunschweig vom 9. 9. 2008 – 7 A 357/05#

Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die Ausgabe **10/2012 bis zum 1. September 2012** und für die Ausgabe **11/2012 bis zum 2. Oktober 2012**.

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Niedersachsen

Geschäftsstelle:

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp-online.de

Redaktion:

Uwe Robra (V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur des Landesjournals)
Im Eschbruch 8f, 30952 Ronnenberg
Telefon (0 51 08) 64 38 94
Mobil (0 15 25) 6 10 87 51
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp-online.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83,
Fax 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6454



EINSATZBELASTUNG & BEWERTUNGS-DEFIZITE

gen. Leistung muss sich auch in Niedersachsen wieder lohnen!

Löchrige Beurteilungspraxis

Wer noch nicht genug hat von angeblichen und tatsächlichen Sommerlöchern, dem bleibt schließlich der neueste juristische Tiefschlag gegen die Kolleginnen und Kollegen nicht erspart: Der ungesunden Paarung von A-11-Dienstpostendeckelung und den rigiden Vorgaben zur Beurteilungs- und Beförderungsauswahlpraxis wurde mit einem OVG-Urteil³ im August eine weitere Variante hinzugefügt. Danach muss die Binnendifferenzierung in dem Gesamturteil der Vorbeurteilung bei einer Auswahlentscheidung über eine Beförderungsstelle als leistungsbezogenes Kriterium berücksichtigt werden, wenn die Vorbeurteilung als ein Auswahlkriterium herangezogen wird. Damit ist die in dem Verfahren gegenständliche Praxis der PD Oldenburg gescheitert.

Die Konsequenzen haben wir bereits in unserer Info 26 vom 22. Juni 2012 fest-

gestellt: Die bisherige Aussage seitens des Dienstherrn gegenüber der Kollegenschaft, es gehe bei Auswahlentscheidungen bei der Betrachtung der Vorbeurteilung nur nach der Vollnote, ist ad absurdum geführt worden. Die Kollegen/-innen, die sich darauf verlassen und die Binnendifferenzierung akzeptiert haben, sind durch diese Entscheidung bitter enttäuscht! Das Vertrauen in dienstliche Zusagen hat weiterhin schwer gelitten. Das Urteil ist ein Schlag ins Gesicht für die derzeitige interne Personalpolitik von Innenminister Uwe Schünemann, der auf frühzeitige Hinweise aus der Polizei nicht reagiert. Das unsägliche Beurteilungssystem wird der Leistung der Gesamtheit der Polizei überhaupt nicht gerecht. Die Gaußsche Normalverteilung ist in der Beurteilungspraxis gescheitert.

Wir haben längst Lösungswege aufgezeigt: Es müssen endlich ausreichend Planstellen sowie ein zeitlich festgelegter Beförderungskorridor geschaffen werden, ähnlich dem von der GdP seit Jahren geforderten leistungsbezogenen „Lauf-

bahnverlaufsmodell“. Auch in dieser so wichtigen Angelegenheit werden wir den politischen Parteien vor der Landtagswahl 2013 auf den Zahn fühlen. Irgendwann muss Schluss sein mit negativen Gerichtsurteilen, die Konzepte und Entscheidungen für die Polizei ins Nirwana befördern.

Alle, die mithelfen wollen, diese hier aufgezeigten und alle weiteren Ungerechtigkeiten zu beheben, und die noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind, sollten, wie Hunderte von Kollegen/-innen in den letzten Monaten, Mitglied bei der GdP werden. Denn diese speziellen „Sommerlöcher“ sowie die anstehende Tarifrunde werden wir als Hauptforderungen in den heißen Herbst des Wahlkampfes in Niedersachsen mitnehmen. Wenn die Politik dann von ihren „Sommerloch-Urlaubstouren“ zurück ist, wird die GdP sie erneut lautstark und kräftig damit konfrontieren.

Dietmar Schilff,
Landesvorsitzender

³Nds. OVG Beschluss vom 9. 8. 2012 (5 ME 141/12)

SPORT & PRÄVENTION

„Gemeinsam und fair!“ mit Regionalliga gestartet

Die Fußball-Regionalliga Nord ist am 3. August beim Eröffnungsspiel SV Meppen gegen Victoria Hamburg mit der Aktion „Gemeinsam und fair!“ für friedlichen Fußball in die Saison 2012/2013 gestartet.

Unter Beifall der rund 2200 Zuschauer stellten Klaus Dierker (stellv. GdP-Landesvorsitzender) und Eugen Gehlenborg (Präsident Norddeutscher Fußball-Verband) die Grundzüge der Aktion während der Halbzeitpause vor. Dierker und Jörg Mil-

dahn (ebenfalls stellv. Landesvorsitzender) sprachen in der MEP-Arena zudem mit den szenekundigen Beamten über das letztendlich ruhige Einsatzgeschehen.

„Die Polizei sorgt zusammen mit den Ordnungskräften im Interesse aller Zuschauer für Sicherheit. Darüber hinaus brauchen wir aber den Zusammenhalt von Vereinen, Fans und Polizei, damit wir geschlossen für ein faires Miteinander eintreten können“, betonte GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff grundlegend zur Aktion. Der Aktionsplan beinhaltet zunächst ein Plakatmotiv, Beiträge für Zeitungen und Magazine sowie Stadionsdurchsagen. Später sollen regionale Diskussionsveranstaltungen mit Vereinen und Fangruppierungen folgen, um den Austausch und das gegenseitige Verständnis zu fördern. Für die Umsetzung unterstützt die GdP Niedersachsen den Fanforscher Prof. Dr. Gunter A. Pilz und seine Kompetenzgruppe „Fankulturen und Sport bezogene Soziale Arbeit“ (KoFaS). Im Vorfeld hatte sich die GdP mit den KoFaS-Vertretern getroffen, um die Kooperation zu besprechen. Die KoFaS plant sogenannte Zukunftswerkstätten, die den Dialog zwischen Fans, Polizei sowie anderen Beteiligten fördern

sollen. „Unsere Aktion geht von Niedersachsen aus und soll im Laufe der Saison ganz Norddeutschland erreichen“, berichtete Dietmar Schilff. **CH**



Klaus Dierker und Dietmar Schilff mit Prof. Pilz und Mitarbeiter Gerd Dembowski (v. l. n. r.). Foto: Christian Hoffmann



Klaus Dierker (links) mit Stadionsprecher Heiner Harnack und Eugen Gehlenborg in Meppen.



FDP-Fraktion fragt – GdP antwortet gerne ...

Am 20. Juli 2012 erreichte die GdP ein Schreiben der FDP-Fraktionsspitze. Der Fraktionsvorsitzende und der Innenpolitische Sprecher laden darin zum Dialog ein und fügen an: „Vor zehn Jahren sind wir unter dem Motto ‚Den Menschen die Freiheit zurückgeben‘ angetreten. Wir hoffen, dass Sie sagen können: Für uns als Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen war das gut!“

Ein Dokument „100 Schritte für Niedersachsen“ möchte die FDP im Oktober 2012 im Wahlkampf für die Landtagswahl 2013 nach einer Herbsttour der Gespräche mit Bürgern und Verbänden zusammen schreiben. „Wir würden uns freuen, wenn dann auch Ihre Ideen darin enthalten wären“, schreibt die FDP vielversprechend, nicht ohne vorher selbstlobend Erfolge aufzulisten, für die die FDP sich verantwortlich fühlt, seit FDP und CDU Verantwortung in Niedersachsen tragen. So wird behauptet, im vergangenen Jahr seien jeden Tag knapp 300 sozialversicherungspflichtige Jobs entstanden, das Armutsrisiko sinke erstmals wieder, sogar stärker als anderswo, die Schulabbrecherquote sei halbiert worden, mit 86000 Lehrern gebe es so viele wie nie zuvor in unserem Bundesland, im Bereich A 13 sei die Schere zwischen Dienstposten und Besoldung in den letzten Jahren geschlossen worden und es sei gespart und trotzdem Schwerpunkte bei Bildung und Infrastruktur gesetzt worden.

Der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff ließ nicht lange auf eine Antwort warten. Die Auffassung der GdP, was sich im Lande für die Polizei und die Kolleginnen und Kollegen ändern müsse, ließ sich aus dem Effeff aufzeigen: „Wir können ausdrücklich nicht bestätigen, dass das, was die FDP in den letzten zehn Jahren unter dem Motto ‚Den Menschen die Freiheit zurückgeben‘ (was immer damit auch gemeint ist) gemeinsam mit der CDU getan hat, für uns als Gewerkschaft der Polizei, aber insbesondere für die Kollegen/-innen der Polizei, gut gewesen ist,“ beginnt der Antwortbrief vom 25. Juli. Seither seien nach Zustimmung zur Öffnungsklausel im Jahr 2003 und der danach zementierten Föderalismusreform alle Schlechtigkeiten auf den öffentlichen Dienst und die Polizei übertragen worden.

Beispielhaft wurden (nicht abschließend) genannt:

- Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld
- Verlängerung der Lebensarbeitszeit um zwei Jahre
- Erhöhung der Eigenbeteiligung bei der Heilfürsorge
- Massive Verschlechterung der Perspektive nach A 10
- Streichung der Möglichkeit für über 80% der Exekutivbeamten/-innen durch den sog. A-11-Erlass, nach einem Bachelor-Studium eine Perspektive nach A 11 zu haben
- Drastische Reduzierung von Verwaltungspersonal und Erhöhung der Perspektivlosigkeit für die Verwaltungsbeamten/-innen (auch durch A-11-Erlass)
- Kaum Perspektiven für die Entwicklung der Kollegen/-innen im Tarifbereich
- Wegfall der 1:1-Übernahme bei Bereitschaftszeiten
- Reduzierung der Anzahl von freigestellten Personalratsvertretern/-innen aufgrund von Umstrukturierungen und verschlechterte Beteiligung von Personalvertretungen
- Sprachlosigkeit von Innenminister Schünemann gegenüber der GdP
- Beginn der erneuten Spaltung von Schutz- und Kriminalpolizei durch getrennte Studiengänge und Direktversetzungen
- Streichung des Bekleidungs geldes für die Kriminalpolizei
- Massive Verschlechterung der Stimmung bei den Kollegen/-innen
- Nichtbeachtung von Stimmungsbildumfragen
- Katastrophaler Umgang mit den Beschäftigten bei Organisationsveränderungen, z. B. Kampfmittelbeseitigungsdienst, Wasserschutzpolizei, Zentrale Polizeidirektion
- Trotz Zusage am 11. Juli 2003 vom Fraktionsvorsitzenden Dr. Philipp Rösler und dem Innenpolitischen Sprecher Jörg Bode, Degradierung von ehemals eigenständigen, erfolgreich arbeitenden Polizeiinspektionen (s. GdP-Info v. 11. Juli 2003)
- Keinerlei Verbesserung im Bereich der Erschwerniszulage „DUZ“

Eine differenzierte Bewertung gab es dagegen zur Frage, dass bei A 13 (und bei A 12) die Schere zwischen Dienstposten und Besoldung in den letzten Jahren geschlossen worden sei. Obwohl dem zugestimmt wer-



de, müsse eingeschränkt werden, dass der Polizeibereich der letzte gewesen sei, wo es diese Diskrepanz gab.

Dietmar Schilff bilanzierte, „dass die durchgeführten positiven, seit langer Zeit dringend notwendigen Beschlüsse der Landesregierung, die durch die GdP auch immer gewürdigt wurden, aufgrund der Vielzahl der Verschlechterungen bei den Beschäftigten der Polizei nicht so präsent sind.“ Die GdP kritisiere jedenfalls massive Fehler der letzten zehn Jahre, die sich auch im Vergleich mit anderen Bundesländern zeigten.

Schilff fügte eine zentrale Forderung an: „Der GdP geht es um die Wertschätzung der Arbeit in allen Disziplinen der Polizei, um eine gerechte Bewertung und einen fairen Umgang. Hier fehlt es derzeit in Niedersachsen an allen Ecken und Kanten; die Freiheit ist den Menschen in der Polizei jedenfalls nicht zurückgegeben worden, im Gegenteil,“ so die Antwort an die FDP.

Empfehlung zur Lektüre: GdP-Attraktivitätsprogramm

Im Ergebnis korrigiert der GdP-Landesvorsitzende die Frage der Fraktion an die GdP: „Sie müsste heißen, ‚was können wir für die Polizeibeschäftigten tun?‘ Dabei können wir ihnen helfen.“ Die GdP empfiehlt der FDP, „unser GdP-Attraktivitätsprogramm, welches wir ihnen ausgehändigt haben, genau zu studieren und in ihrem Programm für die nächsten Jahre aufzuführen, dass Sie die mit ihrer Zustimmung durchgeführten massiven Einschnitte in der Polizeiorganisation und bei der Besoldung wieder zurücknehmen werden sowie eine konkrete Qualitätsoffensive für die Polizei festschreiben.“

Ernüchtert schließt der Antwortbrief mit der Feststellung, dass trotz „konstruktiver Gespräche und Diskussionen mit Ihnen“ die verantwortlich handelnden Minister Schünemann und Möllring nicht gestoppt worden seien. **Red.**



KENNZEICHNUNG VON POLIZEIBEAMTEN

AUFRUF

GdP startet Umfrage zu Kennzeichnungspflicht 15. September bis 15. Oktober 2012

Seit mehreren Jahren bekommen alle Polizeibeamten/-innen in Niedersachsen Namensschilder. Es besteht insofern für die gesamte Polizei in Niedersachsen **auf freiwilliger Basis** die Möglichkeit, dieses für jede/n Bürger/-in sichtbar an der Uniform zu tragen. Nunmehr gibt es in der gesamten Republik seit einiger Zeit parteiübergreifend die Diskussion über eine verpflichtende Kennzeichnung der Polizei sowohl im täglichen Dienst, als auch im geschlossenen Einsatz. Dabei sind die Forderungen der Damen und Herren Politiker, die diese Regelungen ja nicht betrifft, sehr unterschiedlich. Einige fordern eine namentliche, andere eine individuell zugeordnete bzw. zufällig vergebene Nummer, manche bis auf Gruppenebene. Nur über eine Tätowierung wurde noch nicht sinniert ...! Spaß beiseite, wir wollen ja keine schlafenden Hunde wecken.

Niedersachsens GRÜNE wollen, wie wir bereits in der August-Ausgabe von DEUTSCHE POLIZEI dargestellt haben, im Falle einer Regierungsbeteiligung nach der Landtagswahl am 20. Januar 2013 ein neues, nach eigenen Darstellungen li-

berales Gefahrenabwehrgesetz beschließen. Darüber kann man sicherlich konstruktiv streiten, inwiefern dies sinnvoll ist und welche Eingriffsrechte notwendig erscheinen, um das Einschreiten der Polizei grundrechts- und rechtskonform sowie für die Kollegen/-innen handlungssicher zu gestalten. Ein Paragraph dieses Gesetzentwurfs setzt sich mit einer für alle Bürger/-innen jederzeit nachvollziehbaren Kennzeichnung der Polizei auseinander.

Am 2. Juli 2012 gab es dazu eine erste nicht öffentliche Anhörung der GRÜNEN zu dem Gesetzentwurf, zu der, neben Rechtsexperten/-wissenschaftlern und Bürgerrechtlern, auch die GdP als einzige Polizeiinteressenvertretung eingeladen war. Der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff hat diesen Termin selbst wahrgenommen. Bei der Diskussion wurde auch die im Gesetzentwurf vorgesehene Kennzeichnungspflicht thematisiert. Dietmar Schilff stellte die durch den Bundesvorstand beschlossene ablehnende Position dar, die in dem GdP-Papier „Ein klares NEIN zur Kennzeichnungspflicht“ nachzulesen ist.

In der folgenden Diskussion tauchte die Frage auf, ob das denn die Meinung der Mehrheit der Polizeibeschäftigten sei, oder wie die GdP zu dieser Auffassung käme. Der

GdP-Landesvorsitzende machte deutlich, dass diese Positionierung auf unzähligen Gesprächen, die die GdP-Vertreter/-innen sowohl im täglichen Dienst, als auch in geschlossenen Einsätzen führen, basiere.

Um im Falle einer möglichen parlamentarischen Anhörung nach dem 20. Januar 2013 auch sicher die Position der Polizei vertreten zu können, hat der geschäftsführende Landesvorstand beschlossen, vom **15. September bis 15. Oktober 2012** die gesamte Polizei dazu zu befragen. Die Umfrage wird von den jeweiligen GdP-Betriebs- und Kreisgruppen direkt in den örtlichen Dienstbereichen durchgeführt.

Die GdP erwartet eine starke Beteiligung und ein eindeutiges Votum! Red.

Der Innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, unser GdP-Kollege Jan Ahlers, machte deutlich, dass seine Fraktion eine Kennzeichnung eindeutig ablehnt und verdeutlichte diese Auffassung, indem er am Ende seiner Rede im Landtag das GdP-Positionspapier „Ein klares NEIN zur Kennzeichnungspflicht“ hochhielt.



Foto: CDU-Fraktion/JA

TARIFRECHT/BEAMTENRECHT

Diskriminierungsfreie Urlaubsregelungen

Das Bundesarbeitsgericht hatte mit seinem Urteil vom 20. 3. 2012 (9 AZR 529/10)¹ eine richtunggebende Entscheidung getroffen: Die altersabhängige Staffelung der Urlaubsdauer im TVöD sei mit dieser Unterscheidung altersdiskriminierend und damit unzulässig. Hierzu hatte die GdP bereits am 20. Januar 2011 nach einem Urteil des Landesarbeitsgerichtes Düsseldorf vom 18. 1. 2011 alle unter 40-jährigen Tarifbeschäftigten aufgefordert, vorsorglich ihre Ansprüche auf 30 Tage Urlaub im Jahr geltend zu machen². Wir informierten unsere Mitglieder auch unmittelbar nach dem BAG-Urteil darüber³ und stellten ein neues Musterschreiben zur Verfügung.

Zur Umsetzung für die Beschäftigten im Geltungsbereich des TV-L und gleichlautender tarifvertraglicher Urlaubsregelungen gab das Nds. Finanzministerium mit Erlass vom 1. 8. 2012 den Beschluss der Mitgliederversammlung der TdL vom 18. 7. 2012 bekannt. Als Vorgriffsregelung

wurde für die Jahre 2011 und 2012 bekanntgegeben, dass bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen des § 26 TV-L übertariflich altersunabhängig ein Urlaub in Höhe von jeweils 30 Arbeitstagen zu gewähren ist. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus den weiteren Ausführungen des Erlasses.

Das Nds. Innenministerium hat nun mit Erlass vom 3. 8. 2012 (Z11.22_03020/2.150) zusätzliche Hinweise gegeben. Unmittelbar gilt die BAG-Entscheidung nur für den Bereich des TVöD (Bund und Kommunen). Über die vorgenannte Regelung des MF für die Tarifbeschäftigten des Landes hinaus regelt der Erlass des MI für die Beamten insbesondere Folgendes: „Um einen Gleichklang zwischen Beamtinnen und Beamten und den Tarifbeschäftigten des Landes Niedersachsen zu erreichen, ist im Rahmen der nächsten Novellierung der Nds. Erholungsurlaubsverordnung daher beabsichtigt, die BAG-Rechtsprechung entsprechend der für den TV-L

vorgesehenen Regelung umzusetzen. Da eine Verordnungsänderung nicht bis zum Ablauf des Übertragungszeitraums für Resturlaub aus dem Jahr 2011 (30. 9. 2012) möglich ist und insbesondere die Änderung des TV-L in der Entgelttrunde 2013 abgewartet werden soll, ist die Anpassung der NEUUrVO unmittelbar im Anschluss an den Tarifabschluss vorgesehen. Sofern sich für die Jahre 2011 und 2012 ein über § 4 Abs. 1 NEUUrVO in der jetzigen Fassung hinausgehender Urlaubsanspruch ergibt, werde ich der Landesregierung vorschlagen, diesen nachzugewähren.“ **Red.**

¹ Urteil des BAG vom 20. 3. 2012 (9 AZR 529/10) mit Begründung <http://juris.bundesarbeitsgericht.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bag&Art=en&Datum=2012-3-20&nr=15980&pos=2&anz=3>

² GdP-News vom 20. 1. 2011 https://www.gdp.de/gdp/gdpnds.nsf/id/20110120_Urloabsstaffel

³ GdP-News vom 20. 3. 2012 https://www.gdp.de/gdp/gdpnds.nsf/id/20120321_Altersstaffelung-bei-Urloabsanspruch-altersdiskriminierend



GdP bei politischem DGB-Hoffest präsent

Die GdP Niedersachsen hat sich am 21. Juli erfolgreich beim Sommerfest des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) präsentiert. Info-Stände, Musik, Tombo-la, Aktivitäten für Kinder und nicht zuletzt drei kurze Diskussionsrunden lockten fast 500 Interessierte zum DGB-Haus nach Hannover – ein großer Teil davon machte auch am großen GdP-Pavillon Halt.

Dort erhielten sie Materialien zur Prävention, Informationen zu gewerkschaftlicher sowie polizeilicher Arbeit und konnten an der Erbsenschlag-Maschine kleine Preise gewinnen. Neben den erwachsenen Festbesuchern umlagerten vor allem Kinder die GdP-Aktion. **Bürgerinnen und Bürger kritisierten bei den Gesprächen die mangelnde Bezahlung bei der Polizei und den schlechten Rückhalt durch die Politik. Deutlich wurde allerdings das große Vertrauen der Bevölkerung in die polizeiliche Arbeit.**

Unter den Gästen des Festes waren viele Gewerkschaftsmitglieder, Verbandsvertreter, Anwohner sowie Politikerinnen und Politiker. Ein Grußwort

hielt auch der Oberbürgermeister der Stadt Hannover, Stephan Weil. Er stellte danach als SPD-Landesvorsitzender fest, dass die gemeinsame Vergangenheit seiner Partei und der Arbeitnehmerschaft

schwerpunktmäßig um die Rente mit 67, das Landesvergabegesetz sowie den Themenbereich Bildung und Nachwuchskräfte-mangel.

Der **GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff** leitete die erste der publikumswirksamen Gespräche mit insgesamt fünf Landtagsabgeordneten (von CDU, SPD, FDP, Grünen und Linken). Dabei sprach er auch die völlig unzureichende Personalsituation bei der Polizei und allgemein im öffentlichen Dienst an. Die Politikerinnen und Politiker mussten sich während der Diskussionen an enge Zeitvorgaben halten, was zum Teil sehr klare Aussagen erbrachte: CDU und FDP wollen beispielsweise an Studiengebühren in Niedersachsen und den Plänen für das Betreuungsgeld festhalten. SPD, Grüne und Linke sprachen sich jeweils klar dagegen aus. Dies entsprach dem Ansinnen der Veranstalter, die politischen Positionen der Parteien ein halbes Jahr vor der Landtagswahl auf den Prüfstand zu stellen.

Red. (CH)



Gabrielle Heinen-Kljajic (Grüne), Almuth von Below-Neufeldt (FDP), Dietmar Schilff, Stefan Politze (SPD), Kreszentia Flauger (Linke) und Karl-Ludwig von Danwitz (CDU) beim DGB-Hoffest.
Foto: Christian Hoffmann

eine stärkere Zusammenarbeit erfordere, die er von seiner Seite aus zusagte. Rund ein Dutzend Landtagsabgeordnete nahmen an den drei anschließenden politischen Talkrunden teil. Dabei ging es

AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Termin-Check/Einladungen:

Einladung zur rustikalen 10. Scheunen-Fete in Bömme der KG Heidekreis. Es ist mal wieder soweit: Wir erwarten euch mit guter Laune am Donnerstag, **6. September 2012**, ab 16.30 Uhr in 29683 Jettebruch-Bömme, Hof Bömme. Wir laden unsere Mitglieder und Interessierte zum Feiern, Diskutieren und Informieren und zu einem gemütlichen Essen ein. Geplant sind gespritzter Spanferkelbraten, Putenbraten, Fleischkäse mit Kraut-salat und Schmalzbrote, Getränke aller Art (Fass- und Flaschenbier, Limonade, Cola, Korn, Wodka usw.). GdP-Mitglieder frei, Beitrag für Nichtmitglieder: 11 Euro. Anmeldungen erbeten bei andre.geske@polizei.niedersachsen.de (Tel. 0 51 61/9 84 48-0), wolfgang.reiswig@web.de (Tel. 0 51 91/1 35 56), marco.wendt@polizei.niedersachsen.de (Tel. 0 51 91/93 80-2 20), stephan.buehler@polizei.niedersachsen.de (Tel. 0 51 91/93 80-

2 13). Für weitere Informationen stehen auch die anderen Vorstandsmitglieder, Götz Bockfeld und Carolin Geske, zur Verfügung.

Wolfgang Reiswig, Seniorensprecher

Einladung: Am **6. September 2012** wird die KG Braunschweig im Rahmen ihres **Sommerfestes mit Familienprogramm** ein **1. BOS-Kleinfeld-Fußballturnier** auf dem Sportplatz SV Schwarzer Berg, Maul-



beerweg, Braunschweig, veranstalten. **Das Turnier geht zugunsten des Präventionsrates der Stadt Braunschweig** (siehe Plakat). Beginn 8.30 Uhr, ab 12 Uhr Familienpro-

gramm mit Menschenkicker, Hüpfburg, Torwandschießen, Musik von DJ Axel und der Liveband Quodex, Getränke und Speisen zu fairen Preisen.

Einladung: Jahreshauptversammlung der KG Braunschweig am 10. September 2012. 15.00 Uhr Ehrung der Jubilare im Kantine-nenraum auf dem PD-Gelände, die Jubilare erhalten eine persönliche Einladung, 16.30 Uhr Jahreshaupt-versammlung im „Blauen Salon“ auf dem Gelände der PD Braunschweig, Friedrich-Voigtländer-Straße 41, Braunschweig.
Der KG-Vorstand

Einladung: Jahreshauptversammlung der KG Oldenburg-Land am Donnerstag, **27. September 2012**, 17.00 Uhr, in Ahlhorn, Gaststätte Altes Posthaus, Cloppenburg Straße 2. Tagesordnung: Top 1: Begrüßung
Top 2: Bericht des Vorsitzenden

Fortsetzung auf Seite 8





NEW YORK

The City that never sleeps...

5-tägige Städtereise inkl. Flug ab/bis Hamburg / GdP-Termin 10. - 14.12.2012

New York, New York! „If you can make it there, you make it everywhere!“ Den berühmten Song Frank Sinatras kennt jeder.

Ihr Hotel: Holiday Inn Hasbrouck Heights (3-***-Hotel) Lage: in Hasbrouck Heights, New Jersey. 2009 renoviert, sehr freundlich und beliebt, Restaurant, Bar / Zimmer: 245, 6 Etagen. Standard: ca. 26 qm, Bad oder Dusche/WC, Föhn, TV, Telefon, Internetzugang, Klimaanlage etc.

www.holidayinn.com

Unsere Leistungen

- Linienflug mit Lufthansa in der Economy Class ab Hamburg über Düsseldorf nach Newark und zurück
- * interessante Ausflugs-Angebote (fakultativ)
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (Stand: 4/2012)
- ÖPNV-Coupon (An- und Abreise zum Flughafen innerhalb der Verkehrsverbünde)
- 3 Nächte im gebuchten Hotel
- Informationsmaterial, Reiseführer

Unterbringung in Doppelzimmer p. P. ab
€ 880,-

Preise pro Person:

Doppelzimmer pro Person	880,- Euro
Einzelzimmerzuschlag	200,- Euro
fakultative Ausflüge	ab 45,- Euro

Fotos: Dertour

Hinweis: Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl: 20 Personen / Änderungen möglich / Veranstalter: Dertour * Ausflugs-Angebote (fakultativ)



Anmeldeschluss:
21. September 2012

Unterbringung in Doppelzimmer p. P. ab
€ 559,-

ISTANBUL

Silvester mit GdP-Touristik in Istanbul, GdP-Termin: 29.12.12 – 02.01.2013

Genießen Sie ein paar Tage in der einzigen Stadt auf zwei Kontinenten. Nirgendwo gibt es eine bessere Möglichkeit, günstig und vielfältig einzukaufen und soviel Kultur hautnah zu erleben! Entdecken Sie die Faszination der Metropole am Bosphorus.

Hotel Zürich Istanbul ★★★★★

Ihr Hotel liegt im Herzen der antiken Stadt. Die 126 modern eingerichteten Doppelzimmer verfügen über Bad oder Dusche/WC, Föhn, Klimaanlage (individuell regulierbar), Telefon, Minibar (gegen Gebühr) und Sat-TV.

Leistungen die überzeugen:

- ★ Zug zum Flug (2. Klasse)
- ★ Turkish Airlines-Flüge von Hamburg nach Istanbul und zurück
- ★ Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren, aktueller Kerosinzuschlag (Stand 03/12)
- ★ Transfers und Ausflüge/Besichtigungen in bequemen Reisebussen
- ★ Bootsfahrt auf dem Bosphorus

- ★ 4 Hotelübernachtungen (inkl. 4x Frühstück) in Zimmern mit Bad oder Dusche / WC
- ★ Umfangreiches Besichtigungsprogramm inkl. Eintrittsgelder
- ★ örtliche Gebeco-Reiseleitung

Preise pro Person in EUR

im Doppelzimmer	559,- Euro
Einzelzimmerzuschlag	185,- Euro

Hinweis: Flugplan-, Hotel- und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten. Es gelten die Allgemeinen Reisebedingungen (unter www.gebeco.de) und Hinweise. Mindestteilnehmer: min. 30 / max. 44 Personen.

* Eine Silvesterfeier wird zeitgerecht fakultativ angeboten, wir informieren Sie gerne.



OSTERN 2013

GOLF VON SORRENT

5-tägige Erlebnisreise in Italien, mit Lufthansa ab/bis Hamburg oder Hannover

Unterbringung in Doppelzimmer p. P. ab
€ 599,-

Sorrent und Amalfi in Italien – eine Symbiose aus Lebensgefühl, Kultur und einzigartigen Landschaften. Bereits Goethe war von der Schönheit der Region am Fuße des Vesuvus hingerissen. Zu Ostern erwarten Sie Prozessionen im historischen Stadtzentrum von Sorrent und zahlreiche Osterfeierlichkeiten.

Ihr Hotel: Hotel Parco del Sole ★★★★★ o. ä. in Sorrent ist im klassischmediterranen Stil gestaltet und liegt am Stadtrand von Sorrent. Die 150 Zimmer sind komfortabel, im sorrentinischen Stil eingerichtet und verfügen über Bad oder Dusche/WC, Föhn, Telefon, Klimaanlage, Sat-TV und Safe. Transferservice ins Zentrum.

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug mit Lufthansa von HAM / HAJ via München o. Frankfurt nach Neapel und zurück
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (Stand: 6/2012)
- ÖPNV-Coupon (An- und Abreise zum Flughafen innerhalb der Verkehrsverbünde)
- Transfers im Zielgebiet
- 4 Nächte in der gebuchten Hotelkategorie
- 4 x Halbpension
- örtliche, deutschsprachige Reiseleitung
- Informationsmaterial, Reiseführer
- interessantes Ausflugspaket (fakultativ) u.a. nach Neapel, Pompeji und zur Amalfiküste

Preise pro Person in EUR

Zimmerbelegung mit 2 Pers.	599,-
Einzelzimmerzuschlag	200,-
* Ausflugspaket (fakultativ)	125,-
Reisetermine	28.3.; 30.3.; 1.4.2013

Hinweis: Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl: Grundprogramm und Ausflugspaket jeweils 25 Personen / Änderungen möglich



GdP-Mitgliederservice
GmbH NIEDERSACHSEN

Weitere Informationen und Anmeldungen

www.gdp-service.de

GdP-Touristik

Berckhusenstr. 133 a
30625 Hannover

Tel. 05 11 / 53 03 810

Fax 05 11 / 53 03 850
service@gdp-service.de

Irrtum und Zwischenverkauf vorbehalten. Es gelten die Bedingungen der Reiseveranstalter



AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Fortsetzung von Seite 6

- Top 3: Bericht des Kassenwartes/Bericht der Kassenprüfer
- Top 4: Aussprache zu Top 2 und 3
- Top 5: Entlastung des Vorstandes
- Top 6: Wahlen
 - Seniorensprecher
 - Kassenprüfer

- Top 7: Mitgliederehrungen
 - Top 8: Bericht des BG-Vorsitzenden PD Oldenburg, Jörg Mildahn
 - Top 9: Verschiedenes
- Anschließend laden wir zu einem gemeinsamen Abendessen mit gemütlichem Ausklang ein.

**Sven Hoopmann,
1. Vorsitzender**

Vorankündigung: Am **1. und 2. Oktober 2012** wird die **Bezirksgruppe Braunschweig** einen **Bezirksdelegiertentag** im AVALON Hotelpark Königshof, Braunschweiger Straße 21a, in Königslutter veranstalten.

Der Bezirksgruppenvorstand

BESOLDUNGSRECHT / ART. 3 GG

Karlsruhe: Ungleichbehandlung von Lebenspartnern beim beamtenrechtlichen Familienzuschlag ist verfassungswidrig

Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Entscheidung vom 19. 6. 2012¹ zur Gleichstellung von in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebenden mit verheirateten Beamten geurteilt. In den Leitsätzen stellte der Zweite Senat fest:

„Die Ungleichbehandlung von verheirateten und in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebenden Beamten beim Familienzuschlag der Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 Nr. 1 BBesG) stellt eine am allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG zu messende mittelbare Ungleichbehandlung wegen der sexuellen Orientierung dar.

Geht die Privilegierung der Ehe mit einer Benachteiligung anderer, in vergleichbarer Weise rechtlich verbindlich verfasster Lebensformen einher, obgleich diese nach dem geregelten Lebenssachverhalt und den

mit der Normierung verfolgten Zwecken vergleichbar sind, rechtfertigt der bloße Verweis auf das Schutzgebot der Ehe keine Differenzierungen. Vielmehr bedarf es in solchen Fällen jenseits der bloßen Berufung auf Art. 6 Abs. 1 GG eines hinreichend gewichtigen Sachgrundes, der gemessen am jeweiligen Regelungsgegenstand und -ziel die Benachteiligung dieser anderen Lebensformen rechtfertigt (vgl. BVerfGE 124, 199 <226>).“

Demnach müssen die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebenden Beamten, Richter und Soldaten im Besoldungs- und Versorgungsrecht rückwirkend ab dem Inkrafttreten des Lebenspartnerschaftsgesetzes am 1. 8. 2001 gleichgestellt werden. Der Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) zeigte sich zu-

frieden: „Verpartnerte Beamte, Richter und Soldaten können jetzt rückwirkend ab dem 1. 8. 2001 den ihnen vorenthaltenen Familienzuschlag einfordern, soweit sie ihn zeitnah geltendgemacht haben.“

Damit sei die jetzt elf Jahre währende Diskussion über die Frage der Gleichstellung der Lebenspartner mit Ehegatten endlich beendet. Beim Zweiten Senat seien zwar noch mehrere Verfassungsbeschwerden zur Gleichstellung von Lebenspartnern mit Ehegatten im Einkommensteuerrecht anhängig, der Verband rechnet aber damit, dass darüber der Zweite Senat nicht anders entscheiden dürfte und erwarte, dass der Bund und die Länder, die die rückwirkende Gleichstellung der Lebenspartner bis zum 1. 8. 2001 bisher abgelehnt haben, ihre Gesetze schnell nachbessern. In seiner Presseerklärung machte der LSVD deutlich, dass dies insbesondere für das Einkommensteuerrecht gelte. Außer Bayern und Sachsen gewähren alle anderen Bundesländer Lebenspartnern im Wege der Aussetzung der Vollziehung schon jetzt vorläufig die Gleichstellung mit Ehegatten. Deshalb hat der Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert, die Gleichstellung in das Jahressteuergesetz 2013 zu übernehmen, das zurzeit parlamentarisch beraten wird. „Die CDU/CSU und FDP haben nun keinen Grund mehr, diese Gleichstellung weiter zu verweigern“, sagte der Verbandssprecher.

Red.

NACHRUUF

Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen – trauert um folgende verstorbene Kolleginnen und Kollegen:

Böhme, Ernst	14. 2. 1924	Krs.-Gr. Wesermarsch
Burkhardt, Jürgen	9. 6. 1957	Krs.-Gr. Peine
Chluba, Jörg	27. 11. 1961	Krs.-Gr. Uelzen
Dickmanns, Karl-Günter	1. 2. 1949	Krs.-Gr. Uelzen
Hartmann, Helmut	17. 5. 1919	Krs.-Gr. Hameln-Pyrmont
Helke, Emma	21. 3. 1922	Bez.-Gr. PD Hannover
Luker, Karl-Heinz	29. 1. 1954	Krs.-Gr. Osnabrück
Schmidt, Erich	30. 12. 1919	Krs.-Gr. WSP
Stöß, Alfred	30. 9. 1924	Krs.-Gr. Wittmund

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

¹ BVerfG, 2 BvR 1397/09 vom 19. 6. 2012, Absatz-Nr. (1 – 88), http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20120619_2bvr139709.html

